

SP-Programmdiskussion

Das Elend der Praxis

Die Sozialdemokratische Partei diskutiert gegenwärtig ein neues Programm, das einem Parteitag Ende Oktober 2010 zur Abstimmung vorgelegt wird. Was solls? Hätte die SP nicht Dringlicheres zu tun?

Von Stefan Howald

Parteiprogramme dienen der internen Selbstverständigung, aber sie sollen nach aussen auch die politische Arbeit anleiten, um mehr Mitglieder und mehr Macht zu gewinnen. Bislang ist die interne Diskussion überraschend lebhaft verlaufen, die externe nach den ersten ignoranten bis hämischen Kommentaren ausgeblieben.

Das gegenwärtig noch gültige Programm von 1982 war grundsätzlich von Enthusiasmus getragen, und es stellte ein Konzept in den Mittelpunkt: die Selbstverwaltung. Die ist aus Abschied und Traktanden gefallen. Der neue Entwurf versucht immerhin, mit dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie daran anzuknüpfen. Aber über weite Strecken argumentiert er aus der Defensive. Verständlich. Seit 1982 haben sich die Verhältnisse radikal verändert. Insgesamt nicht zu Gunsten der SP.

Deshalb stellt sich eine einfache Frage: Kann das neue Programm der SP eine Antwort auf die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten 30 Jahre geben? Kann dies zumindest die bisherige Debatte?

In deren Verlauf ziehen sich zwei Gegensatzpaare durch. Theorie versus Praxis. Und Realismus versus Radikalität.

Bezüglich des ersten gibt es die Forderung, die Theoriedebatte endlich abzuschliessen und zur wichtigeren politischen Praxis überzugehen. Theorie wird in diesem Verständnis reduziert: als Gedankens Blässe, von dem das Handeln angekränkelt wird, oder als akademische Betrachtung aus dem Elfenbeinturm. Das ist ein Missverständnis. Jeder Mensch denkt, bevor er handelt. Ja, jeder Mensch hat eine Lebensphilosophie. Sie mag einfach, unvollständig,

widersprüchlich sein, aber Politik muss ihre Existenz anerkennen und damit umgehen können. Dazu braucht es ein theoretisches Verständnis, was da abläuft. Und Politik muss dann daran anknüpfen können. Die SP hat da in letzter Zeit viel Boden preisgegeben. Bildungs- und Medienarbeit sind reduziert oder ganz aufgegeben worden.

Der zweite Gegensatz ist derjenige von Realismus versus Radikalität. Er begleitet jede innerlinke Diskussion. Auch hier sind die Frontlinien gegenwärtig schief. Es hat in der veröffentlichten Meinung kleinere Wellen geschlagen, als das Wort aus dem ersten Programmentwurf von der «Überwindung des Kapitalismus» in der zweiten Fassung aufgegeben wurde. Er war von rechts als zu radikal und von links als zu unbestimmt verworfen worden. Aber das ist ein Nebenschauplatz. Die SP braucht keine Worthülsen, sie braucht positive Konzepte. Die Betonung der Wirtschaftsdemokratie ist da ein richtiger Ansatz.

Radikalität braucht es vor allem in der Analyse. SGB-Präsident Paul Rechsteiner hat sich kürzlich an einer Podiumsdiskussion dagegen verwahrt, die Abstimmungsniederlage bei der Arbeitslosenversicherung als Schlappe für die Linke zu bezeichnen, denn 47 Prozent Ja-Stimmen seien durchaus ein Erfolg. Da geht die Analyse der eigenen Schwächen nicht genügend weit. Oder dann die Abstimmung zur Ausschaffungsinitiative, bei der Teile der SP ein Ja zum Gegenvorschlag empfehlen, weil er das «kleinere Übel» sei. Das ist nicht nur eine falsche Moral, sondern das entsteht aus einem falschen Verständnis, was die SP soll. Sie gibt etwas preis, was sie ausmachen sollte.

Dafür braucht es eine Grundsatzdiskussion. Solidarität muss als Grundwert rekonstruiert und mit individuellen Bedürfnissen verbunden werden.

1:12-Initiative und Steuergerechtigkeitsinitiative: Schön und gut. Aber die Macht der neoliberalen Denkformen wird damit nicht gebrochen. Radikalität besteht nicht darin, eine alternative Gesellschaftsform auszurufen, hier und subito. Sondern eine Analyse zu finden, die zeigt, wie Gedankenformen entstehen, wie daraus Haltungen entstehen und daraus wiederum Handeln. Und die Alternativen dazu aufzeigt. Dann kann und muss von der Theorie zur Praxis geschritten werden.